

Überblick über das Rheinische Braunkohlenrevier, seine Tagebaue und Kraftwerke, sowie auf die Widerstandsarbeit in den letzten Jahrzehnten.

Der Tagebau Inden

Der Tagebau Inden liegt im Westen des Rheinischen Reviers. Dort werden jährlich ca. 20 Mio. Tonnen Braunkohle gefördert, die ausschließlich im nahegelegenen Kraftwerk Weisweiler verstromt werden.

Ca. 2030 soll Schluss sein. Dann wird das Restloch stufenweise so befüllt, dass Zwischennutzungen möglich sein sollen.

Die letzte Umsiedlung ist abgeschlossen.

Das Wissen um das Ende ab 2030 hat bei den umgebenden Gemeinden planerische Ideen freigesetzt, die im Projekt Indeland gebündelt und umgesetzt werden.

Der Tagebau Hambach

Der Tagebau Hambach ist mit einem Abbaufeld von 8500 ha, einer halb so großen Betriebsfläche und einer Tiefe von aktuell fast 400 m der größte Tagebau im Rheinland.

Jährlich werden ca. 40 Mio. Tonnen Kohle gefördert und mit einer Kohlebahn zu den Kraftwerken Niederaußem und Neurath gebracht werden.

2 Orte, Manheim und Morschenich, sind dabei umzusiedeln.

Die großen Abraummengen werden im Tagebau und auf der Außenkippe „Sophienhöhe“ verschüttet. Dort wurde der Verlust des ursprünglichen wertvolle naturnahen 4000 ha großen Waldes rein flächenmäßig durch Aufforstungen „ausgeglichen“. Der Hambacher Wald ist inzwischen fast vollständig zerstört.

Jahrelanges Abpumpen des Grundwassers hat die geologische Umgebung, die Erft-Scholle, bis mindestens 450 m Tiefe entleert. Ein zukünftiger Restsee müsste über fast 100 Jahre vom Rhein gespeist werden um ihn aufzufüllen.

Offiziell soll der Abbau bis zum Jahr 2045 fortgesetzt werden, Gerüchte sprechen von einem vorzeitigen Aus.

Der Tagebau Garzweiler

Der Tagebau Garzweiler hat sich im Laufe der mehr als 40 Jahre immer weiter nach Westen bewegt. Im Moment steht er kurz vor der Autobahn 61. Nach Plan soll im nächsten Jahr diese Autobahn geschlossen und abgebaggert werden, wenn die Ersatzautobahn A44n bis dahin fertiggestellt ist.

Im April 2015 hat die Landesregierung NRW beschlossen, dass der letzte Abbau-Abschnitt mit dem Ort Holzweiler nicht mehr in Anspruch genommen werden soll. Dazu wurde eine neue politische Leitentscheidung zur Braunkohlenutzung erarbeitet. An diese muss jetzt der ursprüngliche Braunkohlenplan Garzweiler angepasst werden. Vermutlich muss auch ein neuer Rahmenbetriebsplan genehmigt werden.

Die Braunkohle liegt hier bis zu 210 m tief. Jährlich werden ca. 35 Mio. Tonnen gewonnen und in den Braunkohlekraftwerken Niederaußem und Neurath verstromt. Der Transport erfolgt mit Bandanlagen.

Mit seinem letzten Abschnitt ist der Tagebau Garzweiler den ökologisch wertvollen Feuchtgebieten im Naturpark Maas-Schwalm-Nette bis auf fast 10 km nahe gekommen. Das ist für das abfließende Grundwasser in der Venloer Scholle keine Entfernung. Deswegen wird seit ca. 20 Jahren aufbereitetes Sümpfungswasser am Rande der Feuchtgebiete eingespeist und seit 10 Jahren von einem Monitoring begleitet. Zur Auffüllung eines zukünftigen Restsees ist jetzt schon eine Pipeline vom Rhein her in Planung. Denn gegen Ende des Abbaus fehlt auch schon Sümpfungswasser um die Feuchtgebiete zu erhalten. Das ganze wird sicher bis 2100 durchgeführt werden müssen.

Obwohl die rot-grüne Landesregierung sich mit einem Klimaschutzgesetz zur CO₂-Reduktion verpflichtet hat, darf RWE auch noch diesen nächsten Tagebauabschnitt im selbstgewählten Tempo auskohlen. Dafür müssen noch einmal gut 1500 Personen in 5 Orten dem Tagebau weichen. Die Umsiedlungsplanung hat schon längst begonnen. Offizieller Beginn der ersten konkreten Umsiedlungsphase war im April diesen Jahres.

Braunkohlenkraftwerke

Von den Braunkohlenkraftwerken sind eigentlich nur die beiden Kraftwerksstandorte Neurath und Niederaußem für die Zukunft relevant. Denn

dort wurden in den letzten Jahren gegen jede Vernunft neue Kraftwerksblöcke gebaut. In beiden Kraftwerken gibt es mehrere 300 MW und 600 MW Blöcke, die schon alt sind. Im Kraftwerk Neurath gibt es zusätzlich 2 neue 1100 MW Blöcke als „Braunkohlenkraftwerke mit optimierter Anlagentechnik“ (BoA). Mit den BoA-Kraftwerken kann aus der gleichen Menge Kohle mehr Strom gewonnen werden. Der Wirkungsgrad bleibt aber immer noch unter 50%.

Im Kraftwerk Niederaußem steht ein neuer 1000 MW Block. RWE Power träumt davon, an diesem Standort noch das allermodernste Braunkohlekraftwerk der Welt zu errichten. Mit 2 x 500 MW-Blöcken soll es damit dann angeblich so flexibel sein, dass es die flatterhaften erneuerbaren Energien ideal ergänzen kann. Damit stünden hier gut 4000 MW Kraftwerkseinheiten, die gut und gerne noch 40 Jahre laufen könnten.

Der Widerstand

Seit 1983 befasst sich der BUND NRW mit dem Thema Braunkohle und äußert sich kritisch dazu.

In den 10 Jahren von 1985 bis 1995 gab es ein breites Bündnis von Gruppen Organisationen, Bürgerinitiativen und den Kirchen, die Rheinische Bürgeraktion „Stoppt Braunkohlentagebaue“. Wir haben gemeinsame Pressearbeit gemacht, demonstriert und aufgeklärt und getrennt unsere Kontakte spielen lassen und vor allem die Beteiligung am Braunkohlenplanverfahren Garzweiler II vorbereitet und begleitet. Nach der Genehmigung des Braunkohlenplanes und nachdem die meisten Klagen gegen das Projekt gescheitert waren, konzentrierten sich die direkt Betroffenen frustriert auf ihre eigene Lebensplanung. Der BUND NRW und die Kirchen, sowie einige Umwelt- und Betroffenen-Initiativen machten weiter mit Führungen, Vorträgen und der zunehmenden Pressearbeit.

Im Laufe der Jahre hat der BUND NRW immer wieder eigene Energiegutachten der extrem konservativen Landesenergiepolitik entgegengehalten. Langsam scheint die starre Front, die an der Braunkohle festhalten möchte, zu bröckeln.

Durch intensive Gespräche hinter den Kulissen konnte der rot-grünen Landesregierung ein Klimaschutzgesetz abgetrotzt werden. Die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler ist eine vorsichtige Folge davon. Zusätzlich hat die Landesregierung ein Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“

aufgelegt, das die Region für die Zeit nach dem Tagebauende vorbereiten soll. Aus unserer Sicht spielt RWE Power als ständiger Partner fast aller Maßnahmen eine viel zu große Rolle dabei.

Juristische Auseinandersetzungen

Der BUND NRW als anerkannter Umweltverband hat sich mit ausführlichen Stellungnahmen an den verschiedenen Genehmigungsverfahren beteiligt. Auf der Grundlage der Verfahrensbeteiligung konnten dann juristische Verfahren angestrengt werden um unscharfe Gesetzesvorgaben in unserem Sinne uminterpretieren zu können. Nicht immer sind die Gerichte unserer Interpretation gefolgt.

Als Grundbesitzer im Abbaubereich hatte der BUND eine Obstwiese angelegt und im Jahr 2000 zusammen mit einem Umsiedlungsbetroffenen gegen die grundsätzliche bergrechtliche Abbaugenehmigung, den Rahmenbetriebsplan, geklagt. 2005 kam eine weitere Klage des BUND dazu, nämlich gegen die Zwangsentziehung der Obstwiese. Die Klagen gingen durch alle Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Als alle Revisionen abgelehnt worden waren, legte der BUND und der Privatkläger 2008 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein.

Im Sommer 2013 wurde in Karlsruhe verhandelt, Das Urteil lag im Dezember 2013 vor.

Die Verfassungsbeschwerde des Umsiedlungsbetroffenen wurde mit 5 zu 3 Stimmen abgewiesen. Artikel 11 des Grundgesetzes (Freizügigkeit) schütze zwar das Verbleiben an einem frei gewählten Ort, aber nicht wenn die Politik höhere Ziele zur Nutzung von Bodenschätzen festlege.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Enteignung der Obstwiese für verfassungswidrig. Wenn in das Eigentum eingegriffen werde, muss das politisch gut begründet und gut abgewogen sein und der Rechtsschutz gegen den Entzug des Eigentums muss so rechtzeitig wie möglich eröffnet werden. Das war alles so nicht erfolgt.

Bis dahin konnten die von der Braunkohlenplanung Betroffenen sich erst gegen den Verlust ihres Hauses und Bodens wehren, wenn der Bagger vor der Tür

stand, die Nachbarn weggezogen waren und RWE Power die Genehmigung für die Grundabtretung in der Tasche hatte.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird die Möglichkeit eröffnet, als Grundeigentümer gegen die Zulassung der grundsätzlichen bergrechtlichen Abbaugenehmigung, den Rahmenbetriebsplan, zu klagen und die Rechtmäßigkeit des Eingriffs überprüfen zu lassen.

Die Obstwiese war 2013 längst weggebaggert. Im kalten Januar 2008 hatte die BUNDjugend die Obstwiese besetzt, die nach viel Pressewirbel nach 11 Tagen friedlich geräumt wurde.

2 Jahre später traf sich die BUNDjugend zu einem ersten Klimacamp in Borschemich. Es folgten 2011 und 2012 weitere in Borschemich und Mannheim und dann bekam diese Idee Klimacamp eine Eigendynamik: Ein Waldcamp und die Waldbesetzungen im Hambacher Wald.